

BRANCHENKONFERENZ

Soziale DienstleisterInnen:
Position bestimmen – Zukunft mitgestalten

29.11.2016, 11:30 – 17:00 Uhr



Interessenvertretung. Service. Kompetenz.



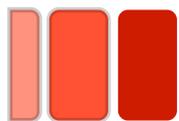
BRANCHENKONFERENZ

Soziale DienstleisterInnen:
Position bestimmen – Zukunft mitgestalten

Die Rolle der Sozialwirtschaft in Europa. Ausgewählte Aspekte

Heidrun Maier-de Kruijff

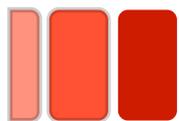
*Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft
Österreichs (VÖWG)*



Die Rolle der Sozialwirtschaft in Europa

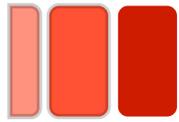
Ausgewählte Aspekte





Überblick

- Definition und Begriffserklärung der Europäischen Kommission (EK)
- Fonds und Finanzinstrumente auf EU-Ebene für die Sozialwirtschaft
- Akzeptanz der Sozialwirtschaft in Europa
- Die Sozialwirtschaft in den Mitgliedstaaten - Ausgewählte Länderbeispiele
- Herausforderungen und Chancen der Sozialwirtschaft in Europa
- Zukünftige Rechtsakte des EK Arbeitsprogramms 2017
- Völkerrechtliche Rechtsakte



Definition und Begriffserklärung der EK (1)

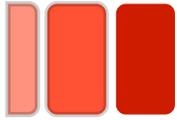
Mitteilung der EK zur Schaffung eines „Ökosystems“ zur Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und sozialen Innovation [KOM(2011) 682]:

Soziale Unternehmen bzw. Akteure in der Sozialwirtschaft

... verfolgen ein soziales oder gesellschaftlich **gemeinnütziges Ziel**,

... **reinvestieren Gewinne** für die Erreichung sozialer Ziele und

... spiegeln in der **Organisationsstruktur** dieses Ziel wieder.



Definition und Begriffserklärung der EK (2)

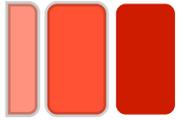
Mitteilung der EK zur Schaffung eines „Ökosystems“ zur Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und sozialen Innovation [KOM(2011) 682]:

Dazu gehören Unternehmen,

... die **Sozialdienstleistungen erbringen** und/oder Güter und Dienstleistungen für besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen anbieten,

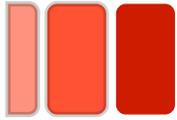
... die **bei der Produktion** von Waren bzw. der Erbringung von Dienstleistungen ein **soziales Ziel anstreben** und

... deren Tätigkeit das **Vertreiben von nicht sozial ausgerichteten Gütern und Dienstleistungen** umfassen kann.



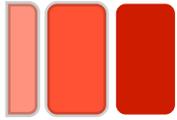
Fonds und Finanzinstrumente auf EU-Ebene (1)

- Europäische Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds)
 - Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE):
 - Nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturprojekte
 - Digitale Agenda und Übergang in eine CO₂-arme Wirtschaft
 - Innovation und Forschung sowie Unterstützung von KMUs
 - Europäischer Sozialfonds (ESF):
 - Weiterbildungsmaßnahmen und Schulungen
 - Kompetenzen (z.B.: Digitalisierungsbereich) und Social Entrepreneurship
 - Modernisierung der öffentlichen Verwaltung



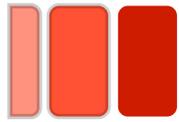
Fonds und Finanzinstrumente auf EU-Ebene (2)

- Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSD)
 - Einsetzung bei Marktversagen und Anstoß von Marktmechanismen
 - Mobilisierung von privaten Investitionen
 - Risikokapital für KMUs mit bis zu 3.000 Beschäftigten
- Horizont 2020
 - Dritter Schwerpunkt - gesellschaftliche Herausforderungen (Topic: Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlbefinden)
 - Projekte zur Organisation von Gesundheits- und Pflegesystemen, Prävention, Gesundheitsförderung und zur Alterung der Bevölkerung
 - Fördermöglichkeiten für öffentlich-öffentliche und öffentlich-private Partnerschaften



Fonds und Finanzinstrumente auf EU-Ebene (3)

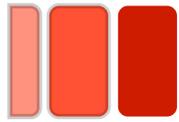
- Europäisches Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)
 - Beinhaltet drei Programme (**Progress, EURES und Europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument**)
 - Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung von beschäftigungs- und sozialpolitischen Reformen
 - Leichtere Zugänglichkeit von Mikrofinanzierungen
 - Stärkung von Sozial- und Kleinunternehmen
- Europäischer Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF)
 - Regelungen und Anforderungen für den Vertrieb von qualifizierten Fonds für soziales Unternehmertum
 - Junge und innovative Unternehmen oder Unternehmen, die eine **positive soziale Wirkung** verfolgen
 - **70 Prozent** des bereitgestellten Kapitals müssen in die Unterstützung von sozialen Unternehmen fließen



Akzeptanz der Sozialwirtschaft in Europa

2012 unterteilte der EWSA die Konzepte der Sozialwirtschaft in den EU-Mitgliedstaaten und Beitritts-/Kandidatenländern je nach Akzeptanz:

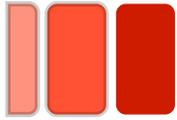
- **Hohe Akzeptanz:** Spanien, Frankreich, Portugal, Belgien, Irland und Griechenland
- **Mittlere Akzeptanz:** Italien, Zypern, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Schweden, Lettland, Malta, Polen, Bulgarien, Island und das Vereinigte Königreich
- **Geringe bis keine Akzeptanz:** Österreich, Tschechische Republik, Estland, Deutschland, Ungarn, Litauen, Niederlande, Slowakei, Rumänien, Kroatien und Slowenien



Die Sozialwirtschaft in den Mitgliedstaaten (1)

Rumänien

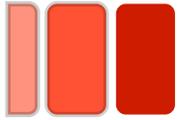
- 2005 – politische Wahrnehmung der Solidarwirtschaft und sozialen Unternehmen
- Starke Abhängigkeit von EU-Förderungen
- Europäischer Strukturfonds – Förderung der Personalwirtschaft
- Niedergang der Genossenschaften, aber Wachstum von Genossenschaftsbanken und Nichtregierungsorganisationen
- Sozialwirtschaft entwickelt sich zu einer Genossenschaftswirtschaft (Glaserstellung,...)
- Sozialhilfegesetz (2011) definiert “Sozialwirtschaft” Rumäniens als Sektor



Die Sozialwirtschaft in den Mitgliedstaaten (2)

Vereinigtes Königreich

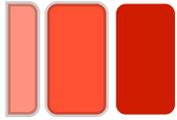
- Umfassendes Ökosystem für die Entfaltung von sozialen Unternehmen (auch privatwirtschaftliche Unternehmen)
- Unterstützung durch Regierung, Organisationen aus dem Privat- und Sozialwirtschaftssektor
- Ausbau der Sozialinvestitionen (Big Society Capital)
- Hürden bei der Gründung und Bestandssicherung sowie im öffentlichen Auftragswesen



Die Sozialwirtschaft in den Mitgliedstaaten (3)

Finnland

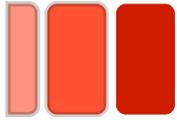
- Seit 2003 Gesetzesrahmen für (subventionswürdige) soziale Integrationsbetriebe, Neufassung 2012
- Rechtsstatus mehrheitlich Aktiengesellschaften
- Erwerbsintegration: Belegschaft zu 30 % aus Personen mit Behinderungen oder ehemaligen Langzeitarbeitslosen
- Versuch der Einführung eines “Sozialwirtschaftslabels” für Bewusstseinsbildung
- Keine Einschränkung der Betriebe bei sozialunternehmerischen Aktivitäten
- Beteiligung von Privatbetrieben an öffentlichen Ausschreibungen (Privatisierung von Wohlfahrtsdienstleistungen in den 1990er)



Die Sozialwirtschaft in den Mitgliedstaaten (4)

Litauen

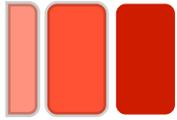
- Litauisches Sozialunternehmensgesetz aus 2004
- Sozialunternehmen sind mehrheitlich für Menschen mit Behinderungen tätig
- Erwerbsintegration (mind. 40 % Beschäftigte aus benachteiligten Gruppen)
- Keine Einschränkungen bei der Rechtsform von sozialen Unternehmen
- Sozialwirtschaftlicher Status – öffentliche Aufträge, Subventionen und Steuervergünstigungen



Die Sozialwirtschaft in den Mitgliedstaaten (5)

Slowenien

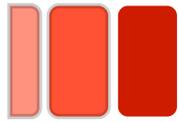
- 2011 Gesetz für sozialwirtschaftliche Unternehmen, Einrichtung eines Sozialwirtschaftsrates
- Abhängigkeit von EU-Förderungen
- Mangel an unternehmerischen Marketingfertigkeiten unter sozialen UnternehmerInnen und öffentliches Bewusstsein/Wissen über Sozialwirtschaft
- Koordinationsschwierigkeiten zwischen Behörden und Ämtern
- Zu strikte Regelung für die Beibehaltung des sozialunternehmerischen Status (Unternehmenszwecke)



Die Sozialwirtschaft in den Mitgliedstaaten (6)

Ungarn

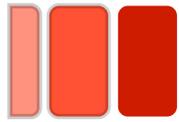
- Sozialwirtschaftskonzept verhältnismäßig unverändert
- Starke Abhängigkeit von EU-Förderungen
- Zuwendung der Genossenschaften und Gegenseitigkeitsgesellschaften zu herkömmlichen Geschäftsmodellen
- Ansiedelung in ländlichen Gebieten mit schwacher Entwicklung
- Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Sektors, Verbesserungen beim Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen, öffentliches Bewusstsein



Herausforderungen und Chancen der Sozialwirtschaft in Europa (1)

Herausforderungen:

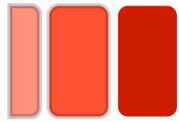
- Sozialer Sektor in nationalstaatlicher Kompetenz, **ABER:** wird durch EK von Binnenmarktlogik erfasst
- Unterschiedliche Rechts- und Organisationsformen
- Verschiedene nationale Regelungen für Förderungen
- Hohe Diversität erschwert europaweite einheitliche Politik



Herausforderungen und Chancen der Sozialwirtschaft in Europa (2)

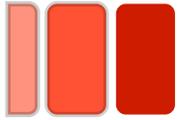
Chancen:

- Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialen Dienstleistungen
- Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Wohlfahrt
- Weiterentwicklung der Demokratie, kommunalen Entwicklung und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung
- Wahrnehmung von lokalen und regionalen Bedürfnissen



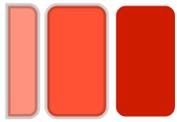
Worum geht's bei CETA?

- Erstes Handelsabkommen einer neuen Generation
- Negativliste - Daseinsvorsorge
- Fokus auf nicht-tarifäre Handelshemmnisse
- (De-) Regulierung von Dienstleistungen
- Regulatorische Kooperation: Gegenseitige Anerkennung von Produktstandards, Umweltstandards, Gesundheitsstandards, ArbeitnehmerInnenrechte etc.
- InvestorInnenschutz
- Vergaberecht und Beihilfenrecht (sozialer Wohnbau)
- Zölle auf Waren ein Nebenpunkt – Ausnahme: landwirtschaftliche Produkte!



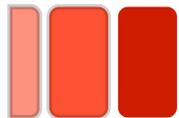
CETA – Auswirkungen auf die Sozialwirtschaft

- Ausnahmen für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen unvollständig, keine Absicherung für Rechtsformerfordernisse, Bedarfsprüfungen, Sozialkriterien
- Konkurrenz durch multinationale Konzerne mit Niederlassung in Kanada im Gesundheits- und Pflegebereich
- „Dank“ Investitionsgericht können Konzerne vor CETA gegen Vergabeentscheidungen und Beihilfenentscheidungen klagen
- Rechtsunsicherheit ob Sozialkriterien bei Vergabe weiter zulässig
- Unsicher ob Kriterien wie Gemeinwohlorientierung, Personalschlüssel (z.B. Anzahl MitarbeiterInnen pro PatientIn) weiter zulässig
- Keine Rücknahme von Liberalisierungen/Privatisierungen bei Krankenhäusern möglich
- Informationspflicht auch bei niedrigen Beihilfen verursacht Kosten



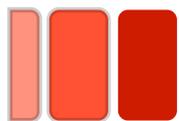
Zukünftige Rechtsakte des EK-Arbeitsprogramms 2017 (1)

- Jugendbereich
 - Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Solidaritätskorps (Q2/2017)
 - Förderung von freiwilligen Tätigkeiten in Krisensituationen
 - Maßnahmen zur Umsetzung der jugendspezifischen Aspekte der Europäischen Agenda für Kompetenzen (Q2/2017)
 - Qualitätsrahmen für Berufsausbildungen
 - Vorschlag zur Verbesserung der Mobilität von Auszubildenden
 - Vorschlag für eine verbesserte Nachverfolgung der Ergebnisse von AbsolventInnen und jungen Menschen, die eine berufliche Aus- und Weiterbildung absolviert haben



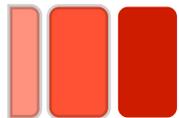
Zukünftige Rechtsakte des EK-Arbeitsprogramms 2017 (2)

- Soziale Rechte
 - Vorschlag zur Schaffung einer Säule sozialer Rechte (Q1/2017)
 - Initiative zur Bewältigung der Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Erwerbstätige mit Familie
 - Initiativen zum Zugang zum Sozialschutz und zur Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie



Nationale Rechtsakte





Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

